

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Kaufpreis: 50 Pf. für die 3-jährige Postzeit.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Brep.

Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Teuerung.

Wir wollen für heute einmal an der Steigerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel, des Roggens, die Zusammenhänge der Preisbewegung darstellen und geben die Preise für Roggen in folgender Übersicht wieder:

	März 1924	Januar 1925	Anf. März 1925	
Roggen (50 Kilogr.) 1913	1924	1925	1925	
absoluter Preis . . .	8,22 Mk.	6,80 Mk.	12,38 Mk.	12,50 Mk.
Indepreis . . .	100	82	144	152
Brot (½ Kilogr.)				
absoluter Preis . . .	0,14 Mk.	0,143 Mk.	0,186 Mk.	0,198 Mk.
Indepreis . . .	100	102	127	136

Die Zahlen beruhen auf Berechnungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Wir sehen, trotzdem die einzelnen Posten für die Landwirtschaft unserer Ansicht nach zu günstig wiedergegeben worden sind, daß der Roggenpreis vor einem Jahre fast 20 Proz. unter Friedenspreis lag. Der Kleinhandelspreis aber war fast dem Friedenspreis gleich. In dem Unterschied zwischen Erzeuger- und Detail-Preis steckt eine bedeutende Preisreserve für Händler und Bäcker, die eine günstige Marktlage hatten, da die Verbraucher das Brot zu Preisen kauften, denen wesentlich erhöhte Erzeugerpreise, die aber in Wirklichkeit nicht da waren, zugrunde gelegt wurden. Im Laufe des letzten Jahres verstand es die Agrar-Liebesgaben-Politik der Regierung, den Roggenerzeugerpreis ganz bedeutend über Friedenspreis zu erhöhen: der Roggen kostete heute 50 Prozent mehr als vor dem Kriege. Dadurch kommt die oben erwähnte Reserve nicht mehr dem Handel und der Verarbeitung, sondern mehr der Erzeugung, der Landwirtschaft zugute. Selbstverständlich ist es nun, daß Handel und Bäcker danach trachten, den alten Profit zu behaupten, indem sie ihrerseits wieder den Brotpreis in die Höhe treiben. Wir sehen an unseren Zahlen, wie der Preis für Brot langsam aber sicher in die Höhe geht: das Brot ist heute rund 35 Prozent teurer als vor dem Kriege und vor einem Jahr. Im Laufe des Monats Februar hat der Brotpreis bei uns allen um 19 Prozent angezogen, ohne daß dem eine entsprechende Lohnerhöhung gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet das eine ganz empfindliche Kürzung des Reallohnes.

Ähnlich steht es um die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wir geben dafür folgende Tabelle wieder:

Erzeugerpreis	März 1924	Januar 1925	Anf. März 1925
50 kg Kartoffeln . . .	2,-	2,10	2,15
½ kg Butter . . .	1,28	1,60	1,92
50 kg Rindfleisch . . .	42,08	31,50	34,65
50 kg Schweinefleisch . . .	51,84	52,40	55,86
50 kg Mähren . . .	2,60	3,75	3,75
50 kg Pfägen . . .	27,27	43,33	29,77
50 kg Schellfisch . . .	29,40	43,84	51,37
Kleinhandelspreis:			
50 kg Kartoffeln . . .	3,50	4,10	4,-
½ kg Butter . . .	1,40	2,14	2,18
½ kg Rindfleisch . . .	0,905	0,82	1,20
½ kg Schweinefleisch . . .	0,82	1,08	1,22
½ kg Mähren . . .	0,04	0,055	0,06
½ kg Pfägen . . .	0,29	0,55	0,38
½ kg Schellfisch . . .	0,283	0,65	0,64

Unsere Ausstellung, die wieder auf die Berechnungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer zurückgeht, bestätigt das Gesagte: Obwohl die an und für sich überhöhten Erzeugerpreise einigermaßen stabil bleiben, macht sich im Kleinhandel aber eine durchgehende Preissteigerung bemerkbar. Diese Steigerung kommt aber für den Lohnarbeiter, den Verbraucher, in Frage. Sie drückt auf den Reallohn und ist eine unmittelbare Lohnreduzierung.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Über die Erwerbslosenfürsorge ist in letzter Zeit in Fach- und auch Tageszeitungen mehr als genug geschrieben. Alle Fachleute sind sich darüber einig, daß unsere Fürsorge in ihrer heutigen Form vollkommen ungenügend ist und nicht den Anforderungen entspricht, die an sie gestellt werden. Eine Reform dieser Einrichtung ist deshalb nicht nur wünschenswert, sondern gebieterische Notwendigkeit. Dem Reichstag liegen von den verschiedenen Parteien bereits eine Anzahl Änderungsanträge vor. Die einfachste Lösung der so heiklen Frage wäre jedenfalls die Umgestaltung unserer Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung. Dies dürfte der einzige Weg sein, von dem man sich einen Erfolg versprechen kann und darf. Leider findet bei all diesen Vorschlägen und Stimmen die produktive Erwerbslosenfürsorge sehr wenig Beachtung. Dieser Teil der Fürsorge ist und wird immer sehr kümmerlich behandelt. Es ist dies kaum verständlich. Der Ausbau und die Erweiterung der produktiven Fürsorge würde ja das ganze Kapitel der Arbeitslosigkeit an der Wurzel packen und bekämpfen. Die Einführung und Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge kann und wird auf zwei verschiedenen Wegen erreicht. Der erste Weg

der der einfachste und kürzeste, und dabei selbstverständlich der beste ist, besteht darin, durch Inangriffnahme und Ausföhrung großer Arbeiten (Kanal-, Straßen- und ähnliche Bauten) die Zahl der beschäftigungslosen Personen zu verringern. Der zweite Weg, der in letzter Zeit sehr viel angewendet wird, ist der, die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die Bedingung zu knüpfen, daß von den Beziehern

auch nicht rentieren sollten, bis sich durch einen Wirtschaftsausschlag die Lage des Arbeitsmarktes bessern würde.

Die sogenannten großen Notstandsarbeiten, welche mit den oben erwähnten Pflichtarbeiten nicht verwechselt werden dürfen, ähneln den wirklichen Arbeitsverhältnissen. In vielen Fällen sind sie weiter nichts als solche. Da die Durchführung derselben mit großen Kosten verbunden ist, dürfte ihre Einrichtung nicht leicht sein. Reich, Länder und Gemeinden haben irgendwelche öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, entweder in eigener Regie oder durch Vergebung an verlässliche Arbeitgeber, und die entstehenden Kosten auch zu nehmen. Wir wollen hier ein typisches Beispiel anführen, das kürzlich durch die Tagespresse ging: Die Stadt Aschersleben errichtete eine städt. Schwimm- und Badeanstalt, deren Ausführung mit erheblichen Bodenverschiebungen verknüpft ist. Auf diese Weise wird auf längere Zeit etwa 200 arbeitslosen Einwohnern Brot und Arbeit verschafft. Das amtliche Blatt des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt führt in einer sehr interessanten Ausstellung die bisher erledigten und in die Wege geleiteten größeren Notstandsarbeiten des Landes Preußen an. Die Zahl der kleineren Notstandsarbeiten, Brückenbauten, Kanalisationsarbeiten, Straßenbauten usw., haben sich im Laufe der Zeit naturgemäß erschöpft. Man mußte deshalb zu größeren, kostspieligeren Arbeiten seine Zuflucht nehmen. In den Provinzen Brandenburg und Pommern sind große Bodenverbesserungsarbeiten unter Zuschüssen von Reich und Land ins Auge gefaßt. Diese Arbeiten werden 7000 Erwerbslosen auf etwa acht Monate Beschäftigung bieten. Außerdem sind in Preußen verschiedene Kanalbauten vorgesehen. Es ist ein Stichkanal vom Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin nach der Veltener Industrieliedlung gelegt worden. Durch dieses Projekt wurde etwa 3000 Arbeitslosen auf längere Zeit Arbeit geboten. Ein sehr wichtiger weiterer Schritt auf diesem ganzen Gebiete war die im März 1924 durch den preussischen Staat und das Reichsarbeitsministerium vollzogene Gründung der „Deutschen Völandkulturgesellschaft“. Diese Gesellschaft soll der beschleunigten Kultivierung der großen Heide- und Moorflächen dienen, die in privatem Besitz stehen. Diese Kultivierungsarbeit erfordert ein Vorgehen im Großbetrieb mit Dampfpflügen, Walzen und anderen Maschinen, das natürlich in der Regel die Kräfte eines privaten Besitzers übersteigt und das nunmehr von der Völandkulturgesellschaft vorgenommen wird. Die Eigentümer der Flächen erhalten dann von dem Boden für ihren Familienkreis einen Teil zurück, der Rest wird für die Ansiedlung anderer Bewerber zur Verfügung gestellt. Die Kosten der ganzen Sache werden zunächst von der Völandkulturgesellschaft bestritten, dann aber allmählich von Bodenverbesserungsgenossenschaften, die in Zusammenhang mit diesem ganzen Vorgehen gebildet werden, abgetragen. Auf diese Weise ist z. B. im vorigen Mai in der Gemarkung Hestrup im Kreis Graffchaft Bentheim die Kultivierung einer großen Völandfläche in Angriff genommen worden. Es wurden dabei für längere Zeit die sämtlichen im Kreise Bentheim vorhandenen Erwerbslosen und außerdem noch etwa 100 Erwerbslose aus den Städten Hannover und Osnabrück beschäftigt. Auch in anderen Gegenden hat die Völandkulturgesellschaft solche Kultivierungsarbeiten eingeleitet.

Derartige Beispiele könnten noch mehr angeführt werden. Die Ausführung anderer und vielleicht noch großzügigerer Arbeiten scheitert meist an der Kostenfrage. Jedenfalls ist es sehr erfreulich, daß man den Wert der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingesehen hat. Die Sache hat aber leider einen großen Haken. Die bei derartigen Arbeiten beschäftigten Erwerbslosen dürfen nicht lohnträchtig auf ihre in richtigen Arbeitsverhältnissen stehenden Kollegen wirken. In anderen Ländern hat man den Wert der produktiven Erwerbslosenfürsorge längst erkannt, und läßt diese Art Fürsorge noch weit mehr aus, als bei uns.

Verständlicherweise sind jetzt begriffenswerte Bestrebungen im Gange, unsere Erwerbslosenfürsorge in eine leistungsfähigere und straffer organisierte Arbeitslosenversicherung umzugestalten. Es kann allen Beteiligten nicht dringend genug geraten werden, bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes ihr Augenmerk auf einen Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu legen. Die Mehrzahl unserer arbeitslosen Volksgenossen will keine Unterstützung, sondern Arbeit. St. Kleiß.

Die Leipziger Frühjahrsmesse.

Die Leipziger Frühjahrsmesse hat von jeher für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes größte Bedeutung gehabt, weil der Einkäufer gewohnt ist, auf ihr seinen Bedarf für das Herbst- und teilweise auch für das Weihnachtsgeschäft abzuschließen. So ist die Leipziger Veranstaltung immer eine Art Konjunktur-Barometer gewesen, das immerhin auf Grund des Auftragsbezugs eine Prognose für den kommenden Beschäftigungsgrad in anderer Industrie gestattete. Heute hat der Leipziger Markt naturgemäß gelitten, weil die Fabrikanten vielleicht mehr als vor dem Kriege den Einzelhandel bis in den entlegensten Ort hinein unter Vermeidung des Zwischenhändlers bearbeiten. Weiterhin haben sich die

Reichspräsidentenwahl!

Am 29. März

wählt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin unseren Kandidaten **Otto Braun**

Wer anders wählt oder sich der Stimme enthält, stärkt die Reaktion und schädigt dadurch sich und die gesamte Arbeiterschaft.

gewisse sogenannte kleinere Notstandsarbeiten verrichtet werden. Diese Notstandsarbeiter, deren Tätigkeit sich je nach den örtlichen Verhältnissen auf Stunden oder einige Tage in der Woche ausdehnt, erhalten neben der Erwerbslosenunterstützung in vielen Fällen je nach ihren Leistungen größere und kleinere Zulagen. Diese zweite Art von produktiver Fürsorge ist die am leichtesten und billigsten durchzuföhrende, und zwar deshalb, da sie an keine großen Kosten gebunden ist. Die Arbeiter werden meist zur Sauber- und Instandhaltung der Straßen, Parkanlagen usw. herangezogen. In der Praxis nennt man diese Art „Pflichtarbeit“, da, wie bereits erwähnt, von ihrer Leistung die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung abhängig gemacht wird. Am 15. Oktober 1924 leisteten 9,3 vom Hundert der Erwerbslosen Pflichtarbeit. Mit großen Notstandsarbeiten waren 16 vom Hundert beschäftigt. Aus diesen Zahlen kann man erkennen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge noch lange nicht die Bedeutung und Ausdehnung hat, die ihr eigentlich zukommen müßte. Der Zweck der Pflichtarbeit ist der, den ungeheuren, durch die gezahlten Unterstühtungen entstehenden Kosten wenigstens eine geringe wirtschaftliche Gegenleistung der Erwerbslosen gegenüberzustellen. Aber auch noch etwas anderes wird durch diese Arbeit erreicht. Den Arbeitssühtern wird dadurch Gelegenheit gegeben, arbeitswillige und zum Teil auch nichtbedürftige Elemente herauszufinden. Die wirklich nur notgedrungen Arbeitslos werden durch die geregelte Arbeit in vielen Fällen vor dem moralischen und physischen Verfall gerettet. Daß die heute bestehende und durchgeföhrte Pflichtarbeit noch lange nicht das Ideal ist, und ebenso wie die gesamte Erwerbslosenfürsorge der Umstellung und Reform bedarf, ist klar. Alle Fachleute sind jedoch darüber einig, daß die Pflichtarbeit beibehalten werden muß, auch wenn wir über kurz oder lang anstatt der Erwerbslosenfürsorge die so viel bessere Arbeitslosenversicherung einföhren sollten. Die Fortföhrung der Pflichtarbeit ist nicht nur als Gegenleistung für die gewährte Unterstühtung beizubehalten, sondern viel mehr noch als Maßnahme zur Erhaltung der Arbeitskraft und Arbeitskraft. Die Arbeit selbst müßte verschiedenen Reformen unterworfen werden. Die Arbeitslosen dürften nur mit solchen oder wenigstens ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden, zu denen sie körperlich und geistig brauchbar sind und die wenigstens einigermaßen dem früher ausgeübten Beruf nahekommen. Am besten und zweckmäßigsten wäre es jedenfalls, diese Arbeiten in wirkliche Arbeitsverhältnisse mit entsprechender Entlohnung auszubauen. Wenn auch in vielen Fällen nicht das Bedürfnis vorliegen sollte, diese Beschäftigungsverhältnisse in planmäßige oder dauernde umzuwandeln, so könnten sie doch so lange bestehen, wenn sie sich wirtschaft-

was getan wird und unter den jetzigen Umständen getan werden kann.

Die gewerblichen Vorkämpfer sind sehr zahlreich, und mit dem Fortschreiten der menschlichen Wissenschaft werden sie immer zahlreicher. Zur Zeit sind etwa fünfzig wichtige und etwa hundert nebensächliche Stoffe bekannt, die mehr oder weniger auf die Gesundheit des Menschen nachteiligen Einfluss ausüben. Die Anwendung neuer Stoffe in der Industrie bewirkt oft plötzliche Erkrankungen, die aufsucht erschrecken und große Aufregung hervorrufen. Die Ursachen sind unbekannt, und die Fachleute stehen vor einem Rätsel, das erst durch genaue Nachforschungen gelöst werden kann. Was kann man tun, um zu verhindern, dass die größtmögliche Sicherheit für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gewährleistet werden kann? Was können die vorhandenen Organe zur Forschung und Verhütung beitragen? Was geschieht mit den Erkrankten? Das sind wichtige Fragen, die jeden ehrlichen Gewerbetreibenden und Sozialpolitiker beschäftigen müssen. Zur Zeit seien folgende Maßnahmen in Vorbereitung, wonach die Wirkung einer Anzahl Stoffe auf die Gesundheit als Versuchsanfall bewertet und behandelt werden sollen. Durch unablässige Arbeit, nicht durch Revolution, müssen die Schutzmöglichkeiten ausgebaut werden. Von größter Wichtigkeit ist die genaue und erschöpfende Aufzeichnung in den Unfallprotokollen; hier ist in der Praxis viel Verwirklichung zu wünschen. Von einer sorgfältigen Untersuchung des Einzelalles hängt oft das Leben vieler ab, denn nur durch genaue Erforschung des Sachverhalts und aller mitwirkenden Umstände ist Aufklärung und Verhütung möglich. An den staatlichen Lehranstalten wird zu wenig Gewicht auf die berufliche Ausbildung von Gewerbetreibenden gelegt. Im Lehrplan der Mediziner an den Universitäten ist nicht genügend Wert auf das eingehende Studium dieser wichtigen Wissenschaft. Auch die Betriebskontrolle muß gewissenhaft durchgeführt werden. Die Fabrikärzte dürfen sich von keinem anderen Motiv leiten lassen, wie von unbedingt Ehrlichkeit der Wahrheit zu suchen. Die menschliche Schwäche in bekannten Hinsicht darf unter keinen Umständen die Forderung beeinträchtigen. Bei mangelhaften Fabrikanlagen muß mit aller Entschiedenheit auf gründliche Abstellung der Mängel gedrungen werden. Nur werden die technischen Mängel aber Fehler nur mangelhaft oder gar nicht beseitigt. Die Betriebsärzte legen oftmals mehr Wert auf einige wenige Lohn als auf gesundheitsliche Schutz. Das gesundheitsliche Verständnis ist unter ihnen nicht so vorhanden, wie es der Wichtigkeit der Sache entspricht. Der unglücklichste Quacksalber bei den Feststellungen vorgebracht, der mit der Sache gar nicht im Zusammenhang steht. Bei vorgekommenen Unfällen müssen die Beobachtungen genau festgehalten werden, der Hauptzweck ist die Wahrheit zu erörtern. Noch nicht gerügte Stellen müssen genau abgefragt werden, denn oft wird Klärung durch irgendwelchen Umstand, z. B. durch Staub, den der Gewerbetreibende an irgendeiner verborgenen Stelle entdeckt hat, und dergl. ergibt. Mistrauen und gesunder Menschenverstand, mit denen der Gewerbetreibende ausgestattet sein muß, leisten ihm bei seiner Arbeit wesentliche Dienste. Durch unermüdete Suche der Gewerbetreibenden wird das Gewissen der Fabrikanten wachgehalten. Nicht Abbau der Gewerbetreibenden, sondern weitestgehender Ausbau derselben ist notwendig. Zur Erforschung der Gewerbekrankheiten ist eine genaue Fabrikstatistik erforderlich und zweckdienlich. Als Vorbild dienen die Preiskrankenkasse Leipzig, die seit Jahren einen genauen Nachweis über die verschiedenen Krankheiten in den verschiedenen Fabriken führt. Die Ärzte müssen sich beschäftigen, angefangen mit der Nachweise eine genaue Diagnose zu stellen. Das Vertrauen der Arbeiter zu den Ärzten muß gefördert werden. Die Betriebsärzte müssen sich bemühen, in die Materie des Gesundheitswesens einzudringen. Eine genaue Untersuchung der Arbeiter beim Arbeitsantritt und genaue Registrierung des Gesundheitszustandes ist notwendig, um Veränderungen im Gesundheitszustand konstatieren zu können. Alles das werde dazu beitragen, daß die Gefahren der gewerblichen Erkrankungen vermindert werden. In Hand einer Anzahl Zeichnungen und Abbildungen von Versuchen an Tieren, an denen die Schädlichkeit verschiedener Stoffe auf den Organismus erprobt wird. Einrichtungen von Luftreinigungen bei Staub und Chrom (Erdpfeifeninduktion) u. a. m., zeigten, wie mit großem Schweiß und großer Schwierigkeit und Ausdauer von den Forschern immer wieder neue Untersuchungsmethoden erdacht werden müssen, um dem Feinde beizukommen. Die Notwendigkeit, Dauerstätten für derartige Versuche und Untersuchungen zu schaffen, liegt auf der Hand, leider sind nach Angabe des Redners keine oder nur sehr sehr beschränkte Mittel vorhanden, diesen Wissenszweck zu erfüllen. Aus dem lehrreichen Vortrage dürfte mancher der Hörer viel Nützliches auf den ferneren Lebensweg mitnehmen haben; so manches, was er bisher als Nebenfache betrachtet hat, wird ihm zukünftig von größter Wichtigkeit sein. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat durch diese Vorträge viel Gutes geleistet.

Papier-Industrie

Prämien-Blatt.
Wir entschlossen uns, für die Arbeiterkategorien, welche hauptsächlich für die Güte und Menge der Mattscher Erzeugnisse besorgt sein sollen, ab 1. März 1925 freiwillig eine Prämie über den Lohn hinaus zu gewähren, und zwar derart, daß für jede Tonne Zellulose oder Papier lufttrocken, von denen über 1000 Tonnen im Monat erzeugt werden, die Ries-Ofenheizer, Holzhacker und Schaller, Gehilfen der Papier- und Entwässerungsmaschinen, Dampf- und Kapsel-Maschinenwärter, Schmelzer, Kesselheizer

- 0,01 GM. pro Tonne,
Langenauffeher, Kochergehilfen, Stoffbassnarbeiter, Hackraumanfseher, Papiermaschinenführer, Zellulosemaschinen-
- 0,02 GM. pro Tonne,

erhalten. Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung der Produktion gegen Mitte des folgenden Monats und nur an jene Personen, die den vollen Monat an der betr. Arbeitsstelle tätig waren. Da die Prämie freiwillig ist, kann irgend ein Anspruch hierauf nicht abgeleitet werden. Sie kann auch jederzeit bei Änderung, Verbesserung der maschinellen Anlage, bei ungünstiger wirtschaftlicher Lage abgeändert oder zurückgezogen werden. Für verborgene Fehler resp. Qualitätsminderungen und Verfügungsware behält sich die Direktion die Kürzung der entsprechenden doppelt beanstandeten Mengen nach ihrem Lufttrockengehalt von der Prämie vor. Bei öfteren gleichartigen Benachteiligungen durch Unachtsamkeit usw. einzelner Arbeiterkategorien können diesen auch die Prämien wieder entzogen werden. Die Prämien sind bei der derzeit eingetragenen Kopfszahl in den einzelnen Arbeitergruppen festgesetzt und können bei Änderung der Kopfszahl abgeändert oder zurückgezogen werden.

Zur Kenntnis genommen.
Mattsch, den 17. März 1925.

Die Direktion.

Dieses Prämiendokument erinnert an die schlimmste Sklaverei der Papierarbeiterklasse vor dem Kriege. Es bildet die Grundlage für die schlimmsten Schikanierungen der Arbeiter und kann nur von einem Schwärmergehirn erster Qualität entworfen sein. Entgegen den Bestimmungen unseres Gesamtarbeitsvertrages hat die Arbeiterklasse der Mattscher Papier- und Zellulosefabrik nach diesem Schanddokument überhaupt kein Recht auf Prämie. Dabei bietet es die Möglichkeit, die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst zu schikanieren.

Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung der Produktion gegen Mitte des folgenden Monats und nur an jene Personen, die den vollen Monat an der betr. Arbeitsstelle tätig waren. Durch diesen Satz läßt sich die Direktion die Möglichkeit offen, ihr mißliebige Arbeiter einfach während des Produktionsmonats unter Umständen 1-2 Tage vor Ablauf desselben von der betr. Arbeitsstelle zu entfernen, und die Prämie braucht von der Direktion nicht angezählt zu werden. Der Begriff „ungünstige wirtschaftliche Lage“ ist im Unternehmerrund gleichfalls derartig dehnbar, daß die Arbeiterklasse jederzeit mit Prämienentzug rechnen muß. Bei Qualitätsminderungen und Verfügungsware behält sich die Direktion sogar die Kürzung der Prämie in doppelter Höhe vor. Dabei hat die Arbeiterklasse nicht den geringsten Einfluß auf die Beschaffung und Kontrollierung der Rohstoffe und somit auf die Herstellung von Qualitätsware. Geradezu lächerlich wirkt die Bestimmung, daß bei Änderung der Kopfszahl die Prämie geändert oder in Wegfall kommen kann. Auch in dieser Beziehung hat die Arbeiterklasse keinen Einfluß auf die Gestaltung der Kopfszahl und ist somit ebenfalls in ihren Prämienbezügen der Willkür der Direktion ausgesetzt.

Dieses ganze Schanddokument ist im höchsten Grade geeignet, der Papierarbeiterklasse die Prämienentziehung gründlich zu verkehren. Uns könnte dies nur recht sein, da dann auch dem dümmsten Arbeiter zum Bewußtsein kommt, welchen Zweck die Unternehmer mit der Prämienentziehung überhaupt verfolgen.

Wenn wir uns recht entsinnen, befindet sich ein technischer Direktor in der Papier- und Zellulosefabrik Mattsch Herr Heide, der früherer Direktor der Alfeld-Gronauer Papierfabriken und früherer Vorsitzender der Gruppe Hannover-Hamburg des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Fabrikanten. Wir wissen nicht, ob Herr Direktor Heide der geistige Urheber dieses Schikanierungs-Erlasses ist. Sicher aber nehmen wir an, daß diese Verfügung ohne seine Zustimmung nicht erlassen wurde. Infolgedessen hätten wir mindestens erwartet, daß Herr Direktor Heide seine übrigen Kollegen in der Direktion nicht darüber im unklaren gelassen hätte, daß eine derartige Verfügung im Widerspruch zu unserm Gesamtarbeitsvertrage steht. Herr Direktor Heide mußte wissen, daß der § 12 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. April 1922 in seinem Abs. 4 folgende Bestimmung enthält:

Die verdienten Prämien bilden einen festen Bestandteil des Einkommens, der weder gekürzt, noch in Abzug gebracht werden darf.

Der § 12 bestimmt weiter, daß über die Neueinführung von Prämien oder über die Änderung bestehender Prämienläge die Betriebsleitung und die gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse im gegenseitigen Benehmen entscheiden. Nach demselben Paragraphen muß der Arbeiterklasse und besonders der gesetzlichen Betriebsvertretung zu jeder Zeit Aufschluß und Einsicht über die Prämienverrechnung gewährt werden. Außerdem sind die Grundsätze der Prämienverrechnung und die Prämienläge selbst den Beteiligten schriftlich auszuhandigen oder an sichtbar Stelle im Betriebe auszuhängen. Diesen Grundsätzen widerspricht die Prämienentziehung der Papier- und Zellulosefabrik Mattsch vollkommen.

Die Arbeiter dieses Betriebes haben ein Recht auf ungekürzte Auszahlung der Prämien, sobald solche im Betriebe eingeführt werden. Daran ändern alle Verfügungen der Direktion gar nichts, ebenso wenig wie die Versicherung, daß es sich um eine freiwillige Prämie handelt. Nach unserm Gesamtarbeitsvertrag gibt es keine freiwilligen Prämien mehr, sondern nur nach Prämienläge, die die Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung gefunden haben, und diese Sätze bilden dann einen Bestandteil des Lohnes, der weder gekürzt, noch in Abzug gebracht werden darf.

Besteht die Direktion der Mattscher Papier- und Zellulosefabrik auf der Einführung von Prämienlägen, dann bilden diese einen festen Bestandteil des Lohnes und kein Geschenk der Firma. Wir raten deshalb dringend, jede Prämienentziehung durch die Direktion unverzüglich unserer Geschäftsleitung in Kenntnis zu setzen, damit diese in der Lage ist, die verweigerte Prämie mit Hilfe der ordentlichen Gerichte für die geschädigten Arbeiter einzuklagen.

Der übrigen Papierarbeiterklasse im Reich aber mag diese Prämienentziehung ein Schulbeispiel dafür sein, wie Fabrikdirektoren sich Schikanierungsmöglichkeiten verschaffen und die Prämienentziehung zum Prämien-Blatt herabwürdigen.
O. Stübker.

Ein Ausschnitt aus dem „Arbeiter-Paradies“ Sowjetrußland.

Vor dem Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrats finden zur Zeit die Verhandlungen über den künftigen Zolltarif statt. Am Mittwoch, dem 11. März, wurden u. a. die Sachverständigen für die Papierholzindustrie vom Ausschuß gehört. Interessant war, was einer der kompetentesten Vertreter dieser Industrie u. a. in bezug auf Sowjetrußland ausführte. Danach war Rußland schon vor dem Kriege der größte Holzlieferant für diese Industrie, wie sie vor dem Kriege bestand. Bei dem angeblichen Bedarf an Fröhlenholz und bei dem ungenügenden Vorkommen in Deutschland ist man bemüht, mit Rußland wiederum in ein erträgliches Lieferungsverhältnis zu kommen. Es wird zugeworfen, daß die Qualität gut ist, aber sehr teuer. Diese hohen Preise für das Papierholz sind aber nicht etwa auf bestehende gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen, sondern fast ausschließlich auf Voraussetzungen, die im derzeitigen russischen System teilweise ihre Erklärung finden. Für die Arbeiter kommt kein

geregelter Stundenlohn in Frage und nicht etwa damit verbunden, der ständige Arbeitstag, sondern man arbeitet durchgängig im Akkord, und zwar am Tage 14 Stunden lang; solange es eben hell ist. — Als Arbeitgeber kommt kein privater Unternehmer, sondern die Sowjetregierung selbst in Frage.

Diese Verfügungen des Sachverständigen zu kommentieren würde bedeutungslos, die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen, abzuschwächen. Der deutsche Arbeiter möge zu dem vielen, bereits über das angebliche Arbeiterparadies Gehörten diesen weiteren Beitrag entgegennehmen und daraus selbst die erforderlichen Schlüsse ziehen.

Zur Maschinenführerfrage.

Mit regem Interesse habe ich die bisher darüber erschienenen Artikel verfolgt. Nicht gefallen hat mir dieser aus Nr. 11. Er war mir zu angriffslustig, zu persönlich gehalten. Nur durch rein sachliche Behandlung der einzelnen Punkte können wir vermeiden, daß diese zu Reibereien führen, wie sie hier und da bereits zwischen Maschinenführer und den übrigen Kollegen bestehen. Ich bin der Auffassung, daß es hier wohl darum geht, eine Sonderstellung für Maschinenführer zu erlangen. Dieses in der jetzigen Zeit, wo die gesamte Papierarbeiterklasse als schlecht bezahlt zu gelten hat, auf welchem Wege erreichen zu wollen, dürfte nicht unangenehm sein. Gehässigkeit und Zwietracht in den einzelnen Betrieben dürfen sich dann bald als Folgeerscheinung einstellen. Gibt es denn nicht schon genug Unannehmlichkeiten wegen der großen Lohnabstufungen? Ist denn der Maschinenführer tatsächlich der Notleidendste? Haben wir denn schon Ertragslöhne? Ist es denn nicht viel richtiger, wenn sich die Maschinenführer mit den übrigen Kollegen fest zusammenschließen und gemeinsam dafür Sorge tragen, daß die Entlohnung aller auf eine Stufe gebracht wird, die als ausreichend auch für den niedrigsten Bezahnten gelten darf? Erst dann dürfte es an der Zeit sein, Sonderwünsche in Betracht entgegenzubringen. Ebenso dürften die übrigen Angehörten sich kaum damit zufrieden geben, daß die Organisation, der doch auch sie angehören und die sie durch ihre Zugehörigkeit mit stärken helfen, daß diese Stärke jetzt zugunsten einiger Kollegen ausgenutzt werden soll. Der Arbeiter, der schlechtestbezahlt, der doch in den meisten Fällen Produktionsanlagen, freie Freizeid und Wohnung — diese Verhältnisse, in deren Genuß sich doch ein großer Teil der Maschinenführer befindet — nur vom Hörensagen kennt, muß sich schon häuernd mit einem erheblich niedrigeren Lohn (25-40 Prozent) zufriedengeben. Unter den geringbezahlten sind dann auch größtenteils die zu finden, die diese Lohnspanne durch längere Arbeitszeit ausgleichen wollen. Die 12-Stunden-Schicht läßt dort auf wenig Widerstand. Schon allein in das Betreten dieses verkehrten Weges zu verbandeln, lohnt sich der stärkste Zusammenstoß und Ermahnung höherer Löhne für alle und nicht nur für einzelne. In den hohen Lohnabstufungen hat doch das größte Interesse außer den Beteiligten nur der Arbeitgeber selbst, denn er weiß, daß bei der besten Zankapfel ist, den er zwischen die Arbeiterklasse werfen kann. Im gegenseitigen Bekämpfen verfallt die Kraft. Deshalb muß unser Bestreben sein, die vielen Lohngruppen zu vermindern und die Abstufungen größtmöglich zu verringern. Nicht jeder Kollege kann Maschinenführer sein, trotzdem es ihrer noch viele gibt. Die nötige Intelligenz hierfür besitzen der Arbeiter aber ist bei allen gleich groß. Wer nur Sonderwünsche gelten lassen will, den kann ich nicht als Kollegen ansehen.
Heller.

Nach Tarifreue!

In der Nr. 10 des „Proletarier“ haben wir in einem Artikel — „Tapeten“-Weisheiten — u. a. auch die Namen der Firmen bekanntgemacht, die den Reichslohnstarif der deutschen Tapetenindustrie anerkennen, und die Arbeiterklasse aufgefordert, beim Bezug von Tapeten in allererster Linie die tarifreuen Fabrikanlagen zu berücksichtigen.

Wir werden nun darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma: Tapetenfabrik Europa, Ostkarer Amdorf, in Hainichen i. Sachsen, den Reichslohnstarifvertrag gleichfalls uneingeschränkt anerkennt. Wir stellen dieses noch nachträglich ausdrücklich fest.
O. Stübker.

Nahrungsmittel-Industrie

Konserverarbeiter, schließt die Reihen!

Die Konserverindustrie gehört zu jenen Industriezweigen, die als Saisonbetriebe bezeichnet werden. Daraus ergibt sich, daß die Mehrzahl der Beschäftigten nicht das ganze Jahr im Betriebe tätig ist. Dadurch sind die Haushaltungen dieser Kollegen auf eine unsichere Grundlage gestellt. Die Kampagne beginnt in den einzelnen Betrieben und Gegenden nicht gleichmäßig. In jenen Betrieben und in jenen Gegenden, wo die Gemüseverarbeitung die Hauptsache ist (z. B. in Braunschweig), beginnt die Kampagne Anfang oder Mitte Mai mit dem Spargeltrieb. In anderen Gegenden dagegen, wo in der Hauptsache Obst eingemacht wird, beginnt die Hauptbetriebszeit erst mit der Beeren- oder Kirschernte. Wir haben es hier also mit einem Industriezweig zu tun, der in sich durchaus nicht einheitliche Arbeitsbedingungen hat, sondern jede Art dieser Industrie ist anders gestaltet.

Der Produktionsbeginn ist an die Natur gebunden. Waschen Obst und Gemüse früher, beginnt die Kampagne früh. Im umgekehrten Verhältnis beginnt die Kampagne spät. Daraus ergibt sich wiederum, daß die auf die Kampagne eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen nie bestimmt sagen können, wann ihre Beschäftigung beginnt.

Die Arbeiterklasse der Industrie besteht vorwiegend aus Arbeiterinnen. Diese sehen sich in größeren Orten, wie Braunschweig, aus allen Ecken der Bevölkerung zusammen. So gibt es z. B. in Braunschweig Hunderte von Frauen kleiner Beamten und Kleinrentner, die sonst einen ständigen Beruf nicht ausüben, aber die Saison in der Konserverindustrie jedes Jahr mitmachen. Ja, es gibt eine Reihe Familien, deren Haushalt direkt auf die Einnahmen aus der Konserverkampagne eingeleitet ist. Ähnlich wie in Braunschweig ist es in anderen Orten.

Jene Betriebe, die etwas abseits von den größeren Wirtschaftszentren liegen, können in der nächsten Umgebung schwer so viel Arbeiterinnen bekommen, wie sie in der Hauptbetriebszeit brauchen, besonders dann nicht, wenn der Lohn recht niedrig ist. Sie holen sich Arbeiterinnen aus allen Gegenden Deutschlands zur Kampagne heran, um sie nach der Kampagne wieder zu entlassen. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß wir es mit einer stark fluktuierenden Arbeiterklasse zu tun haben und daß unsere Organisation in diesem Industriezweig ein schweres Arbeitsfeld hat.

